

## « Staatsräson »

Im Parlament in Eupen wollen Ch. Servaty (SP), A. Miesen (PFF), A. Velz (ProDG) und P. Arimont (CSP) dem "Fiskalpakt", d.h. dem "Spardiktat" der EU aus Gründen der "Staatsräson" zustimmen. Und das obschon sie den befragten Experten, die vor schwerwiegenden wirtschaftlich-sozialen Folgen für die Bevölkerung gewarnt haben, zustimmen. Wenn die genannten Politiker es also ernst meinen würden mit ihrem politischen Auftrag, dann müssten sie gerade "aus Staatsgründen" gegen diesen Vertrag abstimmen. Die gewählten Vertreter der genannten Parteien lassen sich bei ihrer Entscheidung - entgegen jeder tieferen Vernunft - von der Angst um die Staatsfinanzen leiten. Diese Angst wird seit 2008 systematisch von den privaten Geldgebern in Europa verbreitet. Die besagten Politiker merken dabei nicht, dass es gerade ihre politischen Entscheidungen für den Vertrag von Lissabon, für den ESM-Vertrag und jetzt für den "Fiskalpakt" sind, welche die Geldnot der Staaten, also die Ursache für ihre Angst, bewirken. Die Katze beißt sich da in den Schwanz. Vor einigen Tagen hat Mario Draghi, Ex-Banker von Goldman-Sachs und Präsident der EZB, verkündet, dass er den privaten Geschäftsbanken, also auch seiner Ex-Bank, Geld in unbegrenzter Höhe zu 0,50% Zinsen zur Verfügung stellen will, damit die Banken dieses Geld dann an die Unternehmen und an die Staaten weiter verleihen sollen. Die Banken tun das auch, zum Teil zögerlich, gegen 3, 4, 5, 6 oder mehr % Zinsen – ein Milliardengeschäft für den privaten Bankensektor. Anstatt dass die EZB, angeblich UNSERE Zentralbank, dieses Geld direkt zu 0,50% Zinsen an die Staaten überweist!

Was ist los mit den Politikern, den Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, den Medien, den sozialen Einrichtungen, überhaupt mit uns Allen, dass wir diese, mit Verlaub, Riesenschweinerei zulassen? So entstehen Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit, körperliche und geistige Krankheit, Umweltzerstörung - und Angst!

Joseph Meyer, Klosterstrasse, St.Vith